

Christen werden „auch im Westen verfolgt – im Namen der Toleranz“ – OSZE-Konferenz

Quelle: Katholisches.Info vom 21. Mai 2015 - 09:02 Uhr



Christen, die am meisten verfolgte Religionsgemeinschaft der Welt

(Wien) In Wien fand die zweite internationale Konferenz über Intoleranz und Verbrechen gegen Christen statt. Die katholische Delegation machte darauf aufmerksam, daß der antichristliche Haß nicht nur eine Angelegenheit der anderen Hemisphäre ist.

„Jedes Jahr werden Hunderte Fälle von Kirchenschändungen, von geköpften oder zerstörten Statuen, von entfernten und verbannten religiösen Symbolen, von verbalen und physischen Aggressionen gegen Christen, Laien, Priester und Ordensleuten gemeldet“.

Mit dieser erschreckenden Auflistung beginnt der *Osservatore Romano* seinen Bericht über eine OSZE-Konferenz über Diskriminierung und Verfolgung von Christen. Obwohl Anti-Diskriminierung das tägliche Brot wesentlicher Teile von Politik und Medien scheint, wurde die Internationale Konferenz von den meisten europäischen Massenmedien einfach ignoriert.

Die Diskriminierung von Christen scheint kein Thema zu sein. Berichte über in Europa von Europäern verfolgte Christen könnten tief sitzende Vorurteile ins Wanken bringen.

Gewalt und Intoleranz gegen Christen gibt es „nicht nur in der anderen Hemisphäre“



Haßverbrechen gegen das Christentum werden heute nicht nur auf der südlichen Hemisphäre begangen, nicht nur in Afrika, dem Nahen Osten und Asien, sondern auch im Westen. Über antichristliche Gesetze, über gegen Christen gerichtete Intoleranz und gegen christliche Symbole gerichtete Gewalt wurde in den vergangenen Tagen in Wien gesprochen. Anlaß war die Zweite Internationale Konferenz der Organisation für Zusammenarbeit und Sicherheit in Europa (OSZE) mit dem Titel: „*Conference on Enhancing Efforts to Prevent and Combat Intolerance and Discrimination against Christians, Focusing on Hate Crimes, Exclusion, Marginalization and Denial of Rights*“, kurz gefaßt, gegen Intoleranz gegen Christen und Diskriminierung von Christen.

In Wien fand 2. OSZE-Konferenz gegen Diskriminierung von Christen statt

Ausgerichtet wurde die Konferenz vom OSZE-Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR) mit Sitz in Warschau, das seit 2014 vom deutschen Michael Georg Link geleitet wird. Der FDP-Politiker war 2012-2013 Staatsminister im Auswärtigen Amt und gehörte zuvor seit 2005 dem Deutschen Bundestag an, wo er europolitischer Sprecher seiner Partei war.

In drei Arbeitssessionen diskutierten die Delegationen der OSZE-Mitgliedsstaaten und Nichtregierungsorganisationen, die sich für die Bekämpfung antichristlicher Diskriminierung einsetzen, über die

Möglichkeiten, Aktionen zur Prävention und Bekämpfung der sich ausbreitenden Christenfeindlichkeit zu verstärken.

Christenverfolgung trägt in manchen Regionen „Züge eines Genozids“

Es handelte sich um die zweite internationale Konferenz, die diesem Phänomen gewidmet wurde. Die erste Konferenz fand 2011 in Rom statt und wurde vom Juristen und Religionssoziologen Massimo Introvigne, dem damaligen OSZE-Repräsentanten gegen Diskriminierung und Gewalt gegen Christen organisiert. Seither haben antichristliche Zwischenfälle nicht abgenommen, sondern zugenommen, wie die katholische Delegation in Wien beklagte. *„Mit der Zunahme religiöser Intoleranz in der Welt ist Jahr für Jahr gut dokumentiert, daß die Christen die weltweit am meisten verfolgte und diskriminierte Religionsgemeinschaft sind. In einigen Regionen, darunter auch solchen, die direkt vor den Toren der OSZE liegen, könnte man sogar davon sprechen, daß die Verfolgung die Züge eines Genozids trägt“*, heißt es in einer von der katholischen Delegation verbreiteten Erklärung.

Die Christen in den OSZE-Staaten sind *„zwar von solchen Grausamkeiten verschont“*, heißt es weiter in der Erklärung. Die Episoden antichristlicher Gewalt, Intoleranz und Diskriminierung nehmen jedoch auch im OSZE-Raum zu.

Antichristliche „Intoleranz im Namen der Toleranz muß beim Namen genannt und öffentlich verurteilt werden“

Die katholische Delegation wurde vom Ständigen Vertreter des Heiligen Stuhls bei der OSZE, Msgr. Janusz Urbańczyk angeführt. Der polnische Kanonist und Vatikandiplomat wurde vom stellvertretenden Generalsekretär des *Rats der Europäischen Bischofskonferenzen* (CCEE), Michel Remery, und der Referentin für internationale Beziehungen am CCEE-Sekretariat in St. Gallen, Raffaella Di Noia, begleitet.

„Besorgniserregend ist, daß in der OSZE eine klare Trennlinie zwischen dem religiösen Bekenntnis und der religiösen Praxis gezogen wird. Christen werden häufig daran erinnert, sowohl in der öffentlichen Diskussion als auch vor Gerichten, daß sie zwar privat glauben und als Kultus in ihren Kirchen praktizieren können, was sie wollen, aber nicht auf der Grundlage dieses Glaubens öffentlich handeln dürfen“, heißt es daher in der Erklärung der katholischen Delegation. *„Die Öffnung gegenüber der Glaubensvielfalt oder gegenüber dem Laizismus darf nicht zur Intoleranz führen. Die Intoleranz im Namen der Toleranz muß als das beim Namen genannt werden, was sie ist, und öffentlich verurteilt werden“*, so Janusz Urbańczyk, der Vatikan-Vertreter bei der OSZE.

Text: Giuseppe Nardi - Bild: Tempi/OSCE (Screenshot)